

BStU

Archiv der Zentralstelle



MfS Rechtsstelle

Nr.

569

1924 Juris

Kopie BStU
AR 6

BSIU

000048

188/73
20.7.73

Hauptabteilung VII
Leiter

Berlin, den 8. 1. 1973
HA VII/24/A 23/73

Information

zum bisherigen Stand der Durchsetzung der Direktive des ZK der SED über die Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze West der DDR

Entsprechend der Zielstellung des Beschlusses des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 6. Juli 1971 und der Anordnung 17/71 des Ministers für Nationale Verteidigung zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet sowie unter Beachtung der veränderten außen- und innenpolitischen Bedingungen wurde die politisch-operative Tätigkeit der Linie VII zur Neufestlegung des Grenzgebietes und bei der Einführung der neuen Dienstvorschrift 08/72 des Ministers des Innern über die Arbeit der DVP im Grenzgebiet zielstrebig organisiert und durchgeführt.

Durch das planmäßige Zusammenwirken aller beteiligten bewaffneten Organe und staatlichen bzw. gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen wurde die erste Etappe bei der Neuorganisierung der Arbeit an der Staatsgrenze der DDR - die Neufestlegung des Grenzgebietes - mit hoher Verantwortung durchgeführt und termingerecht abgeschlossen. Dieses Zusammenwirken, das sich vor allem in der Arbeit der Bezirks- und Kreiskommissionen zur Neufestlegung des Grenzgebietes ausdrückte, trug wesentlich zur Erreichung einer neuen Qualität der Zusammenarbeit staatlicher und gesellschaftlicher Organe im Grenzgebiet bei und schuf die Voraussetzung für Beibehaltung ständiger Konsultationen und Koordinierungsmaßnahmen auch nach der Beendigung der Kommissionsarbeit. Das findet seinen Ausdruck u. a. in den jüngsten Beschlüssen der Räte einiger Bezirke, in denen das ständige Zusammenwirken mit den bewaffneten Organen einen festen Platz einnimmt.

Die Neufestlegung des Grenzgebietes gestaltete sich in einigen Bereichen äußerst kompliziert durch die Verschiedenartigkeit der militärischen, ökonomischen, kommunalen und Sicherheitsinteressen.

Dabei spielten vor allem solche Faktoren eine Rolle wie

- 2 -

- fehlende bautechnische und finanzielle Kapazitäten für den Ausbau der Grenzsicherungsanlagen in einigen besonders gefährdeten Abschnitten;
- durch die Veränderung des Grenzgebietes notwendig werdende staatliche Maßnahmen im Straßen- und Wegebau;
- Kapazitäten für die Einrichtung neuer Kontrollpunkte der DVP und die Zuführung entsprechender neuer Grenzsicherungskräfte;
- das Vorhandensein personeller Unsicherheitsfaktoren im Grenzgebiet sowie das Anwachsen der Personenbewegung in unmittelbarer Nähe des Grenzgebietes;
- bestehende Kooperationsbeziehungen zwischen den Gemeinden, die durch die Neufestlegung beeinträchtigt würden;
- das Vorhandensein kultureller, Versorgungs- und Bildungszentren, deren Funktion beeinträchtigt werden könnte usw.

Nach Inkrafttreten des neuen Verlaufs des Grenzgebietes konnte festgestellt werden, daß an Teilabschnitten einige dieser Probleme nicht gründlich genug und in ihren Zusammenhängen beachtet worden waren.

Dadurch kam es nach dem 1. 9. 1972 zu Anfangsschwierigkeiten

- bei der Neugestaltung ökonomischer Beziehungen vor allem zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften;
- durch unbedachte Festlegungen bei der Trennung von Ortsteilen, durch die Schulen vom Schulhof getrennt wurden u. ä. mehr;
- bei der Anfahrt zu einigen Wohn- und Arbeitsbereichen, die infolge von Straßensperrungen mit größeren Umwegen verbunden waren;
- durch den Fortfall des 15 %igen Sperrgebietszuschlages, der durch ungesetzliche Manipulationen einiger Betriebe in der Vergangenheit nach der Neufestlegung zu ungerechtfertigten Lohnunterschieden führte;
- durch teilweise bürokratische bzw. uneinheitliche Auslegung der neuen Grenzordnung durch die an den KP eingesetzten Kräfte der DVP.

Diese Schwierigkeiten konnten größtenteils durch örtliche Entscheidungen, Festlegungen oder Veränderungen überwunden werden, wirken aber auch teilweise bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Linie VII in diesen Prozessen stand die Verhinderung feindlicher Einflüsse auf die Maßnahmen im Grenzgebiet und die Unterstützung der Kräfte der DVP bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit mit den spezifischen Mitteln des MfS.

Mit diesem Ziel wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Aufklärung aller im Grenzgebiet tätigen Kräfte der DVP entsprechend der Aufgabenstellung "Wer ist wer?", Einflußnahme auf die Leitungen der BDVP, um von ihrer Seite Überprüfungs- bzw. Bestätigungsverfahren dieser Kräfte in Anwendung zu bringen und auf die Herauslösung aller Kräfte, über die politisch-operative relevante Hinweise über negative Merkmale vorhanden sind;
- Verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung ungesetzlicher Grenzübertritte mit dem Ziel der Vermeidung von Unruhe und Unsicherheit während der Arbeiten zur Neufestlegung und der Einführung der neuen Grenzordnung;
- Qualifizierung der inoffiziellen Arbeit durch den Ausbau der FIM- und IME-Systeme im Grenzgebiet, die Präzisierung der Auftragserteilung entsprechend den personellen Schwerpunkten und den neuen sicherungsmäßigen, ökonomischen, sozialen und territorialen Bedingungen, die Erhöhung der Wirksamkeit der IM/GMS im Prozeß zur Klärung der Frage "Wer ist wer?" und in der Vorgangsbearbeitung;
- Verbesserung der Informationstätigkeit zu Hinweisen und Erscheinungen, die sich gegen den Beschluß des Politbüros richteten, zu geplanten Maßnahmen des Gegners gegen die Durchführung des Beschlusses, zur Reaktion der Grenzbevölkerung, um eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können und zu allen Vorkommnissen im Grenzgebiet bzw. zu Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR;
- Unterstützung des Prozesses der Durchsetzung der Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet durch alle geeigneten inoffiziellen und offiziellen Möglichkeiten;
- ständiges Zusammenwirken mit den staatlichen und gesellschaftlichen Organen bzw. Organisationen zur Beseitigung vorhandener negativer Schwerpunkte und die Feindtätigkeit begünstigender Bedingungen;

- 4 -

- Forcierung des Aufklärungsprozesses "Wer ist wer?" und der Vorgangsbearbeitung zur weitgehenden Ausschaltung personeller Unsicherheitsfaktoren im Grenzgebiet.

Zu Beginn der Durchsetzung der Direktive nach Inkrafttreten der Neufestlegung und der neuen Grenzordnung war es notwendig, das Vertrauensverhältnis der Grenzbevölkerung zu den staatlichen und gesellschaftlichen Organen zu stärken, da diese nur unter breiter Einbeziehung der Bevölkerung die Aufgaben zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet lösen konnten. Für die Linie VII ergaben sich aus dieser Zielstellung solche spezifischen Aufgaben wie

- die Einflußnahme auf die Aufnahme der hauptamtlichen staatlichen und gesellschaftlichen Funktionäre des Grenzgebietes in die Kontrollnomenklaturen ihrer übergeordneten Leitungen (analog der Verfahrensweise mit den Kräften der DVP);
- die Einbeziehung der Reservistenkollektive in den Grenzgemeinden sowohl zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit als auch zur inoffiziellen Nutzung;
- die Erarbeitung neuer Verfahrensweisen bei der Aussiedlung negativ angefallener Personen aus dem Grenzgebiet unter verstärkter Einbeziehung der örtlichen Staats- und Gerichtsorgane mit dem Ziel der zielstrebigeren Realisierung solcher Fälle u. ä.

Ausgehend vom gegenwärtigen Stand kann eingeschätzt werden, daß die Durchführung dieser Maßnahmen einen großen Einfluß auf die Erhaltung und Stabilisierung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet während der umfangreichen Veränderungen des letzten Jahres ausgeübt hatten und daß die Forderung des Genossen Ministers nach ununterbrochener Gewährleistung der Sicherheit an der Staatsgrenze in allen Bereichen erfüllt wurde.

Die erhöhte Aktivität der Linie VII wirkte sich fördernd besonders auf solche Prozesse aus wie

- Einleitung und Abschluß von OPA/OPK;
- Vorgangsarbeit;
- Komplettierung des IM/GMS-Systems;

- 5 -

- Qualifizierung des Zusammenwirkens mit staatlichen und gesellschaftlichen Organen und
- verstärkte Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte in die Sicherheitstätigkeit.

Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Direktive ergaben sich naturgemäß für die Arbeit des MfS als auch für die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane. Sie bestanden vor allem

- in der Zunahme von ungesetzlichen Grenzübertritten auf unbekanntem Wege nach Einführung des visafreien Reiseverkehrs und nach Ratifizierung des Verkehrsabkommens;
- im zeitlichen Zusammenfall der Einführung der neuen Grenzordnung mit dem Beginn der Amnestie, die infolge der notwendigen reibungslosen Wiedereingliederung der Amnestierten mit einer zusätzlichen Belastung für die beteiligten Kräfte verbunden war.

Für die NVA/Grenze ergaben sich vor allem terminliche Schwierigkeiten beim Ausbau der Grenzsicherungsanlagen. Ähnliche Probleme ergaben sich für die DVP bei der Errichtung der neuen KP an den Zufahrten zum Grenzgebiet, bei der Beschilderung des Verlaufs des Grenzgebietes sowie bei der Zuführung neuer Grenzsicherungskräfte.

Die Grenzbevölkerung zeigte zu den eingeleiteten Maßnahmen in ihrer Mehrheit eine positive Haltung, was auch durch eine gute Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet dokumentiert wird. Daneben gab es jedoch auch ablehnende und negative Reaktionen bei der Behandlung einzelner Probleme.

Die Ursachen hierfür liegen unseres Erachtens

- in der Verbreitung von Gerüchten und Spekulationen infolge von Schwatzhaftigkeit und unzulässiger Information durch staatliche und gesellschaftliche Funktionäre;
- in der Unterstützung solcher Spekulationen durch Desinformationen westlicher Massenkommunikationsmittel;
- im Festhalten an alten Gewohnheiten und Verhaltensweisen;

- 6 -

- in der unsachgemäßen politischen Argumentation einiger Funktionäre in Vorbereitung des Inkrafttretens der neuen Maßnahmen und
- in oftmals vermeidbaren Festlegungen, die die territorialen Gegebenheiten ungenügend berücksichtigten.

Den größten Umfang nahmen dabei die Diskussionen über den Fortfall des Sperrzonenzuschlages ein. Dieses Problem wurde und wird aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt verdrängt von Gerüchten und Spekulationen, die mit den Verhandlungen DDR - BRD im Zusammenhang stehen.

Dabei spielt der sogenannte "kleine Grenzverkehr" eine besondere Rolle. So wurde aus westlichen Veröffentlichungen entnommen, daß BRD-Bürger auch in die Sperrgebiete einreisen dürfen. Daneben gibt es Vermutungen, daß DDR-Bürger mit Tagespassierscheinen ins westliche Grenzgebiet einreisen dürfen. Diese Vermutungen ziehen natürlich die Frage nach der Auflösung des Grenzgebietes überhaupt nach sich. Im Zusammenhang mit diesen Gerüchten und Spekulationen wurde festgestellt, daß sich der Empfang des Westfernsehens in den letzten Monaten wesentlich erhöht hat. Es macht sich in breiten Kreisen der Grenzbevölkerung eine Fehleinschätzung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten und vor allem der Person des westdeutschen Bundeskanzlers bemerkbar. Ihm werden durch diese Kreise alle Initiativen zugeschrieben, die sich auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD im allgemeinen und auf die Normalisierung der Lage an der Grenze im besonderen beziehen. Eine solche Meinung wird noch unterstützt durch die in verstärktem Maße in unmittelbare Grenznähe einreisenden BRD-Bürger. Daraus ergibt sich gegenwärtig ein generelles Problem für die Sicherung des Grenzgebietes.

So reisten seit 1. 9. 1972 in den Kreis Sonneberg

2756 BRD-Bürger und
196 Westberliner

ein.

Eine ähnliche Lage ergibt sich für solche Städte wie Ilsenburg (Wernigerode), Boizenburg (Hagenow) und Creuzburg (Eisenach).

Mit einer weiteren Zunahme der Einreisen ist mit Inkrafttreten der Reiseerleichterungen im grenznahen Raum zu erwarten. Erste Auswirkungen des verstärkten ideologischen Einflusses sind im Auftreten von Konzentrationen negativer jugendlicher Gruppierungen zu sehen, wie sie in den aus dem Grenzgebiet herausgelösten Ortschaften der Bezirke Suhl und Schwerin beobachtet werden.

Neben diesen westlichen Einflüssen gibt es einige Maßnahmen staatlicher Organe, die nicht geeignet sind, die positiven Initiativen der Grenzbevölkerung zu fördern.

So untersagte der Kompaniechef einer Grenzkompagnie den Einwohnern der Ortschaft Besandten, Kr. Ludwigslust, das Betreten des Elbdeiches, obwohl der Zugang zu einigen Gehöften nur über diesen Deich möglich ist. In Ausführung dieses Befehls wurden Bewohner dieser Gehöfte festgenommen und als Grenzverletzer behandelt, d. h. die Bürger mußten sich mit den Händen auf dem Rücken auf die Erde legen. Zum Nachdruck dieser Handlung gaben die Grenzsoldaten einen Warnschuß ab. Dieses Problem wurde durch den Kommandeur des Grenzkommandos Nord mit den örtlichen Funktionären geklärt, so daß diese Bewohner ihre Gehöfte wieder über den Elbdeich erreichen können.

Die Arbeitsgruppe der Bezirkskommission Magdeburg führte in dem Kreis Haldensleben zur Kontrolle des Grenzgebietes, der Markierungen des Verlaufs von Schutzstreifen und der Sperrzone sowie der geplanten Abrißarbeiten durch.

Im Ergebnis dieser Kontrolle wurde festgestellt, daß entgegen dem bestätigten Verlauf des Schutzstreifens zwischen zwei Ortschaften die NVA/G vor dem eigentlichen Verlauf des Schutzstreifens einen Signalzaun errichtet hatte und somit ca. 20 ha unberechtigt in den Schutzstreifen einbezog.

Diese Vergrößerung widerspricht den bestätigten Dokumenten der Bezirkskommission und des Nationalen Verteidigungsrates.

Die Kreiseinsatzleitung Haldensleben hatte über dieses Problem bereits beraten und da der Zaun schon fertig war, der Forderung der NVA/G nachgegeben, obwohl der LPG daraus beträchtliche Schwierigkeiten erwachsen.

Die Arbeitsgruppe, außer dem Vertreter der NVA/G, stimmte dieser Maßnahme nicht zu, da es sich in diesem Fall um eine unberechtigte und eigenmächtige Erweiterung des Schutzstreifens handelte, die zudem im Widerspruch zur Direktive des ZK steht.

- 8 -

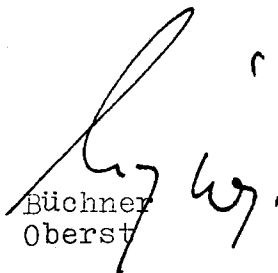
Weiterhin wurden durch Abrißmaßnahmen im Schutzstreifen Gerüchte in die Grenzbevölkerung getragen, daß bis 1975 alle Bewohner aus dem Schutzstreifen ausgesiedelt werden und gleichzeitig das 5-km-Sperrgebiet aufgelöst wird.

Trotz dieser und ähnlicher hemmender Einzelbeispiele kann zusammenfassend eingeschätzt werden, daß sich die Lage an der Staatsgrenze und unter der Grenzbevölkerung weiter stabilisiert hat.

In zunehmendem Maße werden die anfänglichen Schwierigkeiten der Neufestlegung, besonders hinsichtlich der Versorgung und der kulturellen Betreuung überwunden.

Die verstärkte Einbeziehung der Grenzbevölkerung wirkt sich positiv auf die Grenzsicherung aus.

Als Beispiel für diese Entwicklung kann gelten, daß im Bezirk Gera seit Jahresbeginn keine Person aus dem Grenzgebiet nach § 213 StGB angefallen ist. Die Förderung dieser Entwicklung wird weitgehend von der Qualität der politisch-operativen Arbeit des MfS in den Grenz- und Hinterlandbezirken im Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen bestimmt werden.


Büchner
Oberst